



Impulse gegen Rechtsextremismus

Rechtsextremismus und Arbeitswelt: Ausstiege, Einstiege, Interdependenzen*

Einleitung

„Einmal Neonazi, immer Neonazi?“, fragte *Professor Dr. Tore Bjørgo* von der Norwegischen Polizeiakademie in seinem Impulsvortrag bei der Fachkonferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) zum Thema „Rechtsextremismus und Arbeitswelt: Ausstiege, Einstiege, Interdependenzen“. Auf der Tagung wurde klar: Einfache Antworten gibt es auf diese Frage nicht. Die Motive, sich gewaltbereiten Gruppen anzuschließen oder sich von ihnen zu lösen, seien viel zu komplex und unterschiedlich, sagte *Bjørgo*. Dennoch gäbe es eine Gemeinsamkeit: Die berufliche Perspektive habe einen erheblichen Einfluss auf Form und Wahrscheinlichkeit eines Einstiegs in oder eines Ausstiegs aus militanten Milieus und terroristischen Strukturen.

Rechtsextremismusforscher/innen, Präventionsexperten/innen, Ausstiegsbetreuer/innen, Journalisten/innen und Politiker/innen aus Norwegen, Schweden, Italien, Ungarn und Deutschland diskutierten am 30. November 2011 in den Räumen der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin über die Interdependenzen zwischen Arbeitswelt und Rechtsextremismus. Sie analysierten Mitmachmotive, reflektierten Ausstiegshilfen und konkretisierten Möglichkeiten der Prävention.

Dieses Projekt wird gefördert von:



Die Vortragenden und Workshopleiter/innen waren:

- *Dr. Ralf Melzer*, Leiter des Projekts „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin
- *Thomas Becker*, Koordinator des XENOS-Sonderprogramms, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn
- *Professor Dr. Tore Bjørgo*, Norwegische Polizeiakademie/ Norwegisches Institut für internationale Beziehungen, Oslo
- *Professor Dr. Pal Tamas*, Direktor des Forschungsinstituts für Soziologie, Akademie der Wissenschaft, Budapest
- *Claudio La Camera*, Museo della N'drangheta, Reggio Calabria
- *Pelle Candal*, EXIT-Schweden, Stockholm
- *Bernd Wagner*, EXIT-Deutschland, Berlin
- *Frank Jansen*, Journalist, Der Tagesspiegel, Berlin
- *Shelly Kupferberg*, Journalistin (Moderation), Berlin
- *Fabian Wichmann*, EXIT-Deutschland, Berlin
- *Rainer Heidenreich*, Landesjugendamt Rheinland-Pfalz, Sonderprogramm gegen Rechtsextremismus, Mainz
- *Reinhard Koch*, ARUG/Zentrum Demokratische Bildung, Wolfsburg
- *Anne Fischer*, Drudel 11 e.V./Thüringer Beratungsdienst für Eltern, Kinder und Jugendliche – Ausstieg aus Rechtsextremismus und Gewalt, Jena
- *Samuel von Frommanshausen*, CJD Waren/Projekt „Jump!“, Waren (Müritz)
- *Michél Murawa*, CJD Waren/Projekt „Jump!“, Waren (Müritz)

* Zusammenfassung der Konferenz vom 30.11.2011 in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin



Neue, alte Gefahren des Rechtsextremismus

„Unsere Konferenz fällt in eine Zeit, in der wir in Deutschland gerade unter dem Eindruck der Mordserie einer Gruppe von Neonazis stehen“, eröffnete *Dr. Ralf Melzer*, Leiter des Projekts „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ der Friedrich-Ebert-Stiftung die Tagung. Knapp drei Wochen zuvor war aufgedeckt worden, dass die Mordserie an acht türkischstämmigen und einem griechischen Kleinunternehmer zwischen 2000 und 2006 sowie an einer Polizeibeamtin 2008 der rechtsextremen Terrorzelle von Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe zuzuschreiben ist. Mundlos und Böhnhardt erschossen sich Anfang November, Zschäpe sprengte ihre gemeinsame Wohnung und stellte sich nach 13 Jahren im Untergrund der Polizei. Die verheerenden Anschläge in Norwegen am 22. Juli 2011, bei denen der Rechtsextreme Anders Breivik 77 Menschen, größtenteils Jugendliche, tötete, seien ebenso „noch frisch in Erinnerung“, sagte *Melzer*. „Die Gefahren, die von Rechtsextremisten ausgehen, werden momentan umfassend diskutiert“, so *Melzer*. „Wir alle aber wissen um die Gesetzmäßigkeit des Medien- und Politikbetriebes: Dieses Thema wird auch wieder schnell aus den Schlagzeilen verschwunden sein.“. Auf diese Weise ließen sich die grundlegenden Probleme nicht lösen. „Jenseits der unmittelbaren Konsequenzen und Bestrafungen für rechtsextreme Taten müssen die Bedingungen geändert werden, die Rechtsextremismus erst ermöglichen.“

Programme für die Integration in die Arbeitswelt

Diese Forderung *Melzers* unterstützte der Koordinator des XENOS-Sonderprogramms des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, *Thomas Becker*. *Becker* sagte, es sei „besonders beschämend“, dass die Mordserie der rechtsextremen Zwickauer Zelle über eine so lange Zeit „unbehelligt im ganzen Bundesgebiet geschehen konnte und nicht ein Verdacht auf einen rechtsextremistischen Hintergrund gefallen ist“. Er betonte die Stärken und Schwächen der von der Bundesregierung initiierten Maßnahmen gegen Rechtsextremismus. „Natürlich können wir mit den XENOS-Programmen keine terroristischen Strukturen auflösen oder bekämpfen.“ Generell würden jedoch mit den Programmen „Integration und Vielfalt“ und „Ausstieg zum Einstieg“ diskriminierende, fremdenfeindliche und rassistische Einstellungen abgebaut. Die Programme zielten laut *Becker* darauf ab, dass Benachteiligte und von Ausgrenzung bedrohte Jugendliche und junge Erwachsene dauerhaft in den Arbeitsmarkt und somit in die Gesellschaft integriert werden. 235 Millionen Euro sollen zwischen 2007 und 2013 dafür ausgegeben werden, davon 127 Millionen Euro aus den Mitteln des Europäischen Sozialfonds und 63 Millionen Euro aus dem eigenen Haushalt. Rund 9,5 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds und den Mitteln des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales fließen derzeit in Aussteiger-Initiativen, sagte *Becker*. „Wir glauben, dass

Arbeitsmarkt und Ausbildung viele persönliche und berufliche Perspektiven eröffnen können und geeignete Anknüpfungspunkte sind, um Anreize für einen Ausstieg zu schaffen.“ In der Ausbildungs- und Berufswelt könne der „Übergang zu gesellschaftlicher Teilhabe, sozialer Anerkennung und sozialen Beziehungen erfolgen und gefördert werden“, sagte *Becker*. Seit seinem Start habe das Programm „Ausstieg zum Einstieg“ laut *Becker* rund 400 vor allem junge Menschen erreicht.

Unterschiedliche Einstiegsmotive – unterschiedliche Ausstiegshilfen

Dass die Gleichung zwischen Beruf, Teilhabe, Anerkennung, neuen Beziehungen und Szeneausstieg nicht so einfach zu lösen ist, zeigte *Professor Dr. Tore Bjørgo*. Dabei wertete er nicht nur Studien aus Norwegen und Deutschland aus, sondern präsentierte auch die Ergebnisse seiner eigenen Studie über ehemalige Piraten in Somalia. Auf diese Weise, so *Bjørgo*, wolle er darlegen, warum sich Menschen generell gewalttätigen Gruppen anschließen – und diese wieder verlassen. Einige der Konferenzteilnehmer bezweifelten die Vergleichbarkeit der Motive von afrikanischen Piraten und europäischen Rechtsextremisten. *Bjørgo* argumentierte dagegen, dass es eine „Metaebene“ gäbe. Beispielsweise seien die Führer der jeweiligen Gruppen, ob Piraten oder Rechtsextreme, sehr motiviert. Ihr Status in der Gruppe sei sehr hoch, sie hätten ein ausgeprägtes Selbstwertgefühl und einen starken Aktionswillen. Bei den „Mitläufern“ seien all diese Faktoren weniger stark ausgeprägt, sagte *Bjørgo*. „Es ist sogar möglich, dass Mitläufer in der rechten Szene eigentlich gänzlich unpolitisch sind, schließlich

aber doch militant handeln“, so *Bjørgo*. Die Motive der Personen, sich militanten Gruppen anzuschließen, seien verschieden und „nicht statisch“. *Bjørgo* kristallisierte in seiner Studie vier idealtypische Motive heraus. Der Einstieg in das militante Niveau erfolgt aus politischer und ideologischer Motivation, weil man sich nach Freunden und Gruppenzugehörigkeit sehnt, frustriert und ängstlich ist und neue Aktionen und Erfahrungen sucht. Je nachdem, was der Einstiegsgrund gewesen sei, gebe es unterschiedliche Ausstiegsmotive und müssten verschiedene Ausstiegshilfen angeboten werden, erklärte *Bjørgo*.

Motiv Ideologie

Menschen, die sich aus einer ideologischen Überzeugung heraus der extremistischen Gewalt zuwenden, leben laut *Bjørgo* altruistisch, manchmal sogar bis hin zur Selbstaufgabe. Diese Personen könnten kaum mit Berufsangeboten erreicht werden. „Sie können aber sehr wohl angesprochen werden, wenn die ideologische Überzeugung ins Wanken gerät“, sagte *Bjørgo*. „Desillusion ist eine Chance zur Intervention.“ Desillusion könne dann eintreten, wenn sich die Widersprüche der Ideologie nicht mehr decken ließen oder wenn das reale Alltagsverhalten der Führer nicht mit ihren ideologischen Verlautbarungen einherginge. Hoch ideologisierte Personen, die von außen kaum erreichbar scheinen, könnten sich von einer militanten Gruppe abwenden, weil sie einen absoluten Anspruch haben, den diese Gruppe nicht erfüllt. Dann könnten auch sie mit Ausstiegsangeboten erreicht werden, sagte *Bjørgo*. „Diese Angebote müssen jedoch eine besondere intellektuelle Auseinandersetzung berücksichtigen und eine neue Lebensperspektive aufzeigen.“





Suche nach Anschluss

Die Suche nach Freundschaft und Gruppenzugehörigkeit als Einstiegsmotiv ginge mit dem Wunsch nach einer Homogenität einher, die in der Gruppe verfolgt würde, sagte Bjørge. Diese Homogenität sei jedoch zerbrechlich, oft entwickle sich Heterogenität, „sei es beispielsweise, weil man eine Freundin findet, die von der Gruppe nicht akzeptiert wird, oder weil man seine eigene Homosexualität entdeckt, die von der Gruppe nicht geduldet wird“. Das Gefühl der Homogenität sei der Grund, warum viele Personen zu einer bestimmten Gruppe gehören wollten – sobald diese Homogenität nicht mehr gegeben sei, folge der Ausstieg. Ein anderer Ausstiegsgrund kann laut Bjørge eine Enttäuschung sein, beispielsweise wenn sich Gruppenmitglieder oder der Anführer unsolidarisch verhalten. „Ideologische Angebote zur Auseinandersetzung sind jedoch unpassend, wenn man einen Ausstieg fördern will“, sagte Bjørge. „Es ist erfolversprechender, in dieser Phase sozialen Halt anzubieten.“

Soziale Frustration

Schließt man sich aus Frustration und Angst militanten Gruppen an, hat das laut Bjørge oft mit einem sehr problematischen sozialen Hintergrund zu tun. „Dabei ist es unerheblich, ob die soziale Frustration real oder nur gefühlt ist“, sagte Bjørge. „Die Gewalt kommt aus der Wut.“ Fühle man sich jedoch auch in der militanten Gruppe nicht akzeptiert, sei ein Ausstieg wahrscheinlich, so Bjørge. Wolle man diese Aussteiger „re-integrieren“, müsse man deren massive Gewaltbereitschaft beachten, die diese als vermeintliche Kommunikationsform verstünden.

Neue Erfahrungen

Auch wer nach neuen Aktionen und Erfahrungen in militanten Gruppen sucht, kann laut Bjørge leicht enttäuscht werden. „Auch als Terrorist muss man lange auf Taten warten. Vielleicht wird man auch vom Jäger zum Gejagten oder kann schließlich mit der Realität des Leides und Schmerzes der Opfer nicht umgehen“, so Bjørge. Wenn man einen Ausstieg in dieser Phase anbieten möchte, müsse man gerade auch diese Erfahrungen bedenken.

Im Hinblick auf bereits bestehende Projekte in Schweden, Norwegen, Deutschland und Somalia betonte Bjørge, wie wichtig es sei, im Zusammenhang mit dem Ausstieg berufliche Chancen anzubieten. „Die somalischen Piraten sind vor allem aus wirtschaftlichen Gründen Piraten geworden.“ Es gäbe bereits ein sehr erfolgreiches Projekt in Somalia, das Berufsperspektiven entwickle und Chancen eröffne, das Leben finanziell abzusichern.

Was bedeutet Ausstieg?

Einmal Neonazi, immer Neonazi? Einmal Terrorist, immer Terrorist? Nein, machte Bjørge bei der Darstellung der Einstiegsmotive deutlich, so einfach sei es nicht – ein Ausstieg sei realistisch. „Was aber bedeutet Ausstieg?“, fragte Professor Dr. Pal Tamas, Direktor des Forschungsinstituts für Soziologie an der Akademie der Wissenschaft in Budapest. „Sind die schwarzen Schafe friedlich in die gute Herde zurückgekehrt, wenn sie nicht mehr gewalttätig sind?“ Eine nachhaltige Auseinandersetzung der Aussteiger mit ihrer eigenen Geschichte ist laut Tamas unerlässlich. In Ungarn sei Ausstieg gar nicht so einfach zu definieren: „Was bedeutet Ausstieg, wenn 20 bis 30 Prozent der Bevölkerung rechtsextreme Parteien wäh-

len?“ Nicht der Ausstieg des Einzelnen müsse hier diskutiert werden, sondern das Bremsen einer Gruppenbewegung, so Tamas.

„Die Ausstiegshilfen sind nur eine von vielen Maßnahmen, um Rechtsextremismus zu bekämpfen“, meinte auch *Tore Bjørge*. „Eine Garantie, dass Aussteiger nicht wieder einsteigen, gibt es nicht“, sagte *Thomas Becker* vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Und im Hinblick auf den Arbeitsmarkt sei eine absolvierte Ausbildung kein Erfolg, wenn sich Denken und Verhalten der Person nicht änderten. *Bjørge* bestätigte: „Manche wenden sich von den Gewalttaten ab, nicht aber von den Einstellungen. Das ist nicht perfekt, allerdings immer noch besser als wenn sie weiterhin Menschen ermorden.“

„Mythen widerlegen“

Was ein Ausstieg beinhaltet und wie er erreicht werden kann, wurde auf der Konferenz in sieben Workshops diskutiert. Wie man Aussteigern helfen kann, wenn eine extremistische Gruppe in der Mitte der Gesellschaft verankert ist, diskutierte *Claudio La Camera* vom Museo della Ndrangheta, Kalabrien, Italien, mit den Teilnehmern seines Workshops. *La Camera* versucht mittels entsprechender Projekte die Macht der Mafiagruppe „N'drangheta“ (Brüderschaft) einzudämmen, deren Umsatz pro Jahr bei geschätzten 43 Milliarden Euro liegt. „Die Zivilgesellschaft kommt da kaum gegen an“, sagte *La Camera*. „Genau da müssen wir ansetzen.“ In dem Museum versucht *La Camera*, den Mythos der Mafia, eine „ehrenwerte Gesellschaft“ zu sein, die ihre eigenen Familien schütze und Kindern und Frauen nicht töte, zu erschüttern. „Wir versuchen, mit Fakten und vor Ort die Mythen zu widerlegen.“ Dennoch seien staatliche Repression und Ausstiegshilfen dringend notwendig, sagte *La Camera*. Der Gedanke, dass eine Lösung alleine keine Lösung ist, fand sich auch in den anderen Workshops.

Positive Ansprache

Pelle Candal von der Aussteigerinitiative EXIT-Schweden berichtete den Teilnehmern seines Workshops detailliert von seinem Ansatz. „Wir arbeiten sehr individuell und persönlich mit Aussteigern, nicht in Gruppen“, so *Candal*. Zu verschieden seien die jeweiligen Ausstiegsstufen. Oft müssten auch andere Probleme wie beispielsweise Alkohol- oder Drogensucht angegangen werden. „Man muss den Aussteigern mit Respekt und Achtung be-



gegnen, damit man die inneren Ressourcen erkennen kann“, sagte *Candal*. „Selbst bei einer negativen Geschichte muss der Mensch positiv angesprochen werden, um ihm eine optimistische Zukunft eröffnen zu können“, so *Candal*.

Ausstieg, Polizei, Jugendamt

In dem Workshop von *Fabian Wichmann*, EXIT-Deutschland, berichtete ein Aussteiger, wie er in das rechts-extreme Milieu gekommen ist und es wieder verlassen hat. Außerdem wurden die Probleme bei der Zusammenarbeit mit Polizei und Jugendamt diskutiert. Nicht immer könne den Beamten die Bedrohungssituation von Aussteigern vermittelt werden. In Jugendämtern wissen die Mitarbeiter laut *Wichmann* oft kaum, wie sie handeln sollen, wenn rechtsextreme Familien auseinanderbrechen, etwa weil ein Ehepartner aus der rechtsextremen Szene aussteigt und die Kinder mitnehmen möchte. Im Streit um das Besuchsrecht würde so unter anderem nicht berücksichtigt, dass zum Beispiel der Vater die Kinder weiterhin zu Treffen der Szene mitnehmen könnte. „Die Rechtslage ist da noch gar nicht ausgelotet“, so *Wichmann*. „In den Behörden ist weiterhin dringend Aufklärung geboten, gerade auch über die Wirkungsmechanismen der rechtsextremen Szene.“

Niedrigschwellige Angebote

Rainer Heidenreich vom Sonderprojekt gegen Rechtsextremismus des Landesjugendamtes Rheinland-Pfalz sprach in seinem Workshop über die Sogkraft des Rechtsextremismus. „Diese Kraft entsteht durch die Elemente einer rechtsextremen Lebenswelt wie Musik, Mode, Internet“, so Heidenreich. Er erarbeitete mit den Workshopeteilnehmern Maßnahmen gegen diese Anziehungskraft. „Alle Maßnahmen und Angebote müssen früh in die allgemeine Kinder- und Jugendarbeit einfließen und äußerst niedrigschwellig sein.“

Ausstiegshilfe Familie

Beim Workshop von Anne Fischer vom Thüringer Beratungsdienst für Eltern, Kinder und Jugendliche wurde die Ausstiegshilfe „Familie“ diskutiert. „Die Elternarbeit macht die Hälfte der Ausstiegsarbeit aus“, sagte Fischer. Auch Eltern, deren Kinder noch nicht in der rechtsextremen Szene seien, nähmen den Beratungsdienst in Anspruch. „Besonders weisen wir präventiv auf die Sogkraft einer rechtsextremen Lebenswelt zwischen Fun, Action und Politik hin“, so Fischer. Auffällig sei die Hilfs- und Sprachlosigkeit vieler Eltern, wenn sich ihr Kind der rechtsextremen Szene zuwende. Diese Barriere, hieß es in dem Workshop, müsse überwunden werden. „Die Eltern müssen die Grenzen ihrer eigenen Kompetenz benennen, um sich helfen zu lassen“, sagte Fischer. Eine Ausstiegsberatung alleine sei oft nicht genug, beispielsweise wenn der Aussteiger Intensivstraftäter sei. „Dann müssen Experten aus anderen sozialen und pädagogischen Fachbereichen hinzugezogen werden. Ausstieg ist Arbeit – und raus ist nicht gleich raus.“



nen, um sich helfen zu lassen“, sagte Fischer. Eine Ausstiegsberatung alleine sei oft nicht genug, beispielsweise wenn der Aussteiger Intensivstraftäter sei. „Dann müssen Experten aus anderen sozialen und pädagogischen Fachbereichen hinzugezogen werden. Ausstieg ist Arbeit – und raus ist nicht gleich raus.“

Perspektiven aufzeigen

Die Langwierigkeit eines Ausstiegsprozesses beschrieben auch Samuel vom Frommanshausen und Michél Murawa vom Aussteigerprojekt „Jump!“ des CJD Waren in ihrem Workshop. Eine nachhaltige Aufarbeitung sei notwendig, um die alten Denkmuster aufzubrechen. „Arbeit alleine reicht nicht“, sagte von Frommanshausen. Bei „Jump!“ verbinde man deshalb die Ansprache des potenziellen Aussteigers mit der Unterstützung seines Umfeldes. „Wir wollen Lebensalternativen aufzeigen, die die Lebensqualität verbessern“, sagte Murawa. Oft konzentriere sich ihre Arbeit auf „ärmliche Milieus, in denen es keine Jobs und viel Orientierungslosigkeit gibt“. Da sei es besonders wichtig, Perspektiven jenseits der Szene zu kreieren. „Aus dem direkten Umfeld kommen solche Impulse wegen eigener Agonie und Unwissenheit nicht“, so Murawa.

Entscheidender Erstkontakt

„Meist kontaktieren ausstiegsgeneigte Jugendliche oder hilfesuchende Eltern uns per Telefon“, berichtete Reinhard Koch, Geschäftsführer des Wolfsburger Zentrums



Demokratische Bildung, in seinem Workshop. Die Reaktion auf diesen ersten Kontaktversuch sei sehr wichtig. „Es muss professionell reagiert werden. Ein falscher Tonfall oder ein Missverständnis können das vorgestreckte Vertrauen schnell belasten“, so Koch. Wichtig sei, zu erkennen und einzuordnen, wie tief der potenzielle Aussteiger in der rechtsextremen Szene verankert ist. Gegenstände mit rechtsextremem Hintergrund, die Eltern aus dem Zimmer ihres Kindes mitbringen, helfen Koch und seinen Kollegen, diese Verankerung, inklusive Kontakte und Denkweisen, einzuschätzen.

Rechtsextremen Mitarbeitern könne man mit Betriebsvereinbarungen gegen Rassismus begegnen. „Diese Vereinbarungen sind am erfolgreichsten, wenn sie zuvor im Unternehmen transparent und breit verhandelt worden sind. Beschließt ein Gremium sie, vertut man die Chance, schon mit der Diskussion über die Vereinbarung eine atmosphärische Veränderung im Betrieb zu schaffen“, sagte Koch.



„Ausstieg ist Arbeit“

Nachdem die Ergebnisse der einzelnen Workshops im Plenum vorgestellt worden sind, diskutierten Claudio La Camera, Pelle Candal, Bernd Wagner (EXIT-Deutschland), Frank Jansen (Journalist beim Tagesspiegel) und Shelly Kupferberg (Moderation) bei einer Podiumsdiskussion weitere Ausstiegshilfen.

„Es gibt sehr unterschiedliche Generationen von rechtsextremen Gewalttättern“, sagte Frank Jansen. „Das muss auch bei Ausstiegsangeboten berücksichtigt werden. Gefährlich sei, wenn potenzielle Aussteiger einen „stummen Konsens“ in der Gesellschaft wahrnehmen, beispielsweise dass zu viele Ausländer in Deutschland lebten – das bestätige und ermuntere sie, in der rechtsextremen Szene zu bleiben, so Jansen. Erfreulicherweise kratzten Projekte gegen Rechtsextremismus und für Demokratie an diesem „Konsens“. Allerdings: „Bis heute fehlt eine nachhaltige öffentliche Diskussion über rechtsextreme Anschläge und Gewalttaten. Orte wie Rostock oder Solingen, wo Rechtsextreme zum Teil unter Applaus Menschen mit Migrationshintergrund gezielt angriffen und Brandsätze warfen, sind kaum noch in Erinnerung.“ Seitdem habe sich der Rechtsextremismus weiter radikalisiert. Auch das jetzige Wissen um die Morde des rechtsextremen Trios der Zwickauer Zelle würde an der öffentlichen Wahrnehmung des Rechtsextremismus „in der Substanz wahrscheinlich nichts ändern“. „Jenseits der Medien und Politik ist die Aufregung flau, es gibt keine Lichterketten gegen Rechtsextremismus. Diese Stille macht mich stutzig“, so Jansen. Noch vor elf Jahren, als im Juni 2000 Rechtsextremisten in Dessau den Mosambikaner Alberto Adriano zu Tode traten, habe es den „Aufstand der Anständigen“ gegeben. Nicht bloß die Gewalt, sondern auch der Rassismus in der Mitte der Gesellschaft sei breit diskutiert worden. „Genau dieses Element gibt es heute nicht mehr“, sagte Jansen. „Hat sich das Land an die Opfer gewöhnt?“ Bernd Wagner, Geschäftsführer von EXIT-Deutschland, bestätigte Jansens Einschätzung. „Es besteht kein klarer Blick über die wirkliche Lage – weder in der Wissenschaft noch in der Politik.“ Oft müssten er und seine Kollegen erst eine regionale Lageanalyse durchführen, um Ausstiegsangebote mit der nötigen Spezifität entwickeln zu können. „Wenn wir von Rechtsextremismus reden, müssen wir von einer sozialen Bewegung mit militanten Gruppen sprechen“, so Wagner.

„Den Wandel der Szene und auch der Gesellschaft müssen wir immer berücksichtigen“, sagte Claudio La Camera. Pelle Candal ergänzte: „Wir müssen bei jedem Einzelnen individuell vorgehen, um die besten Chancen für einen Ausstieg zu schaffen.“ Ein Arbeitsplatz sei eine zentrale Voraussetzung. „Der Aussteiger muss eine ökonomische Lebensperspektive haben“, unterstrich Jansen.

Der Ausstiegsprozess selbst könne ganz unterschiedlich lang dauern, so Pelle Candal. „Je mehr die Leute in die Szene verstrickt waren, desto eher fallen sie nach dem



Ausstieg in ein Loch“, ergänze *Frank Jansen*. Diese Phase sei sehr kritisch. „Die einzelnen Bedürfnisse müssen sehr genau wahrgenommen werden, um einen Wiedereinstieg zu verhindern“, sagte *Candal*. „Dafür benötigen alle Beteiligten einen langen Atem“, so die Einschätzung von *Bernd Wagner*. Das bedinge auch, dass die finan-

ziellen Mittel für Ausstiegsarbeit langfristig bereitgestellt werden müssen. Geld allein aber sei nicht genug. *Wagner*: „Wir brauchen einen Kulturkampf um Werte. In der Gesellschaft – auch bei den Eliten – muss viel mehr diskutiert werden, wer welche Werte fördert oder beschädigt. Das ist das beste Instrument gegen Neonazis.“

Das **Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“** im Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung bietet kontinuierlich Veranstaltungen, Publikationen und Seminare zu aktuellen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und zu effektiven Gegenstrategien an.

Die **Publikationsreihe „Impulse gegen Rechtsextremismus“** bündelt die wichtigsten Ergebnisse unserer Veranstaltungen. Sie wird ergänzt durch die **Publikationsreihe „Expertisen für Demokratie“**, welche ausgewählte Fachbeiträge zu aktuellen Fragestellungen aus der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus dokumentiert.

Das Projekt „Internationale Vernetzung der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ (koordiniert durch das FES-Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“) wird im Rahmen des XENOS-Programms „Ausstieg zum Einstieg“ gefördert durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds.

Wenn Sie auch zukünftige Ausgaben der „Impulse gegen Rechtsextremismus“ erhalten möchten, senden Sie bitte eine E-Mail mit Ihren Kontaktdaten an forum.rex@fes.de.

Mehr Informationen zu der Veranstaltung und der Arbeit der FES für Demokratie und gegen Rechtsextremismus finden Sie unter www.fes-gegen-rechtsextremismus.de.